

Freitag

den 4. April.



Correspondent von und für Schlesien.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei zu Liegniz. (Redakteur: E. D'oench.)

Januar.

Berlin, den 1. April. Se. Majestät der König haben dem Obersten v. Ciesielski a. D., vorher im Kriegs-Ministerium, und dem Rendanten der Ostpreußischen General- und Departements-Land-Feuer-Societäts-Kasse, Schreiner, zu Königsberg, den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen geruhet.

Der Königl. Großbritann. Geh. Rath, außerord. Gesandte und bevollm. Minister am Königl. Dänischen Hofe, Sir Henry Wynn, ist von Frankfurt a. M. hier angekommen.

Der Königl. Sächs. Geh. Rath und Direktor des Ober-Consistoriums, Dr. v. Weber, ist nach Stettin von hier abgegangen.

Deutschland.

Dresden, den 25. März. In der 207. Sitzung der zweiten Kammer am 18. d. war die Berathung über das Budget an der Tagesordnung. Zu bemerken ist, daß der Kammer nur das Deputations-Gutachten über das Ausgabe-Budget vorliegt und gegenwärtig daher nur dieses nach den einzelnen Departements zur Berathung gezogen wird. Ein kurzer summarischer Bericht darüber wird erst mit dem Gutachten über das Einnahme-Budget, welches wegen Unmöglichkeit des damit beschäftigten Abgeordneten noch nicht vertheilt ist, erfolgen. Der Abg. Richter aus Zwickau betrat zuerst die Rednerbühne, und beklagte

zuvor derß, daß das Staats-Budget nur immer stückweise nie im Ganzen vorgelegt werde, und doch sey das hauptsächlich erforderlich, weil es sonst nicht möglich sey, das Ganze der Staatslast mit den Kräften des Volkes in Uebereinstimmung zu bringen. Hierbei wiederholte der Redner seine schon bei einer früheren Gelegenheit entwickelte Klage, daß die Staatslast die Kräfte des Volkes übersteige, daß Ackerbau, Gewerbe und Handel immer mehr zurückkommen, und daß die Regierung mit ihrem Militair- und Civilpersonal den ganzen Reinertrag der Grundgrüter consumire. Der Redner richtete seinen Antrag dahin, der Deputation ihre Berichte zum Ausgabe-Budget zurückzugeben, und dieselbe zu bitten, den Bericht nicht eher wieder vorzulegen, bis eine Total-Uebersicht über das ganze Abgabenwesen vorliege. — Gegen diesen Antrag erhoben sich mehrere Stimmen, besonders wie früher der Abgord. Axt. Es wurde daher den Antrag nicht erst abgestimmt, sondern zur Tagesordnung übergegangen.

Altona, den 24. März. Es cirkulirt in dieser Gegend ein Plan zur Anlegung von Eisenbahnen zwischen Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig, vermittelst einer bereits von Sr. k. H. dem Herzoge v. Cambridge und dem Cabinettsministerium autorisierten Aktien-Gesellschaft. Der anzulegende Weg würde ungefähr 50 deutsche Meilen ein-

nehmen und über ein fast ganz ebenes, wenig besiedeltes Land führen.

5011 a n d.

Aus dem Haag, den 26. März. Das Amsterdamer Handelsblad äußert sich nun über die belgischen Gerüchte von Truppenzusammenziehungen auf holländ. Seite und daß man nur die Ankunft des Prinzen von Oranien erwartete, um einen Einfall über die Grenze zu machen. Es sagt, für seine Landsleute brauche es wahrlich solchen Ungereimtheiten nicht erst zu widersprechen; es wisse nur, daß die Militärbureaus nicht einberufen worden und daß man aus dem Heere von keinen nennenswerthen Dislokationen melde, nur daß der Prinz Feldmarschall nach so langer Abwesenheit wahrscheinlich Heerschau halten werde.

An der Amsterdamer Börse hieß es gestern, daß die Schwierigkeiten, welche noch in Bezug auf die Luxemburgische Frage obwalten, bald beseitigt seyn würden.

B e l g i e n.

Brüssel, den 23. März. Am 20. hatte zu Verkauf der Pferde aus der Stuterie des Prinzen von Oranien statt; es war dort ein großer Zusammenfluß von Liebhabern aus England, Frankreich und Belgien, vorunter der General-Inspektor der Stuterien Frankreichs. Mehrere dieser Pferde wurden zu sehr hohen Preisen verkauft und einige der schönsten durch die belgische Regierung für die Landestuterie angekauft. Das Pferd „Mamluck“ kam 10,000 Frs. zu stehen.

Im Observateur du Hainaut vom 18. d. liest man: „Man berichtet uns, daß seit acht Tagen auf den Höhen des Fleun die rothe Fahne mit der Inschrift: „Fort mit den Eisenbahnen!““ steht.“

G e s t e r r e i c h.

Wien, den 22. März. Es heißt, daß übermorgen die Minister der deutschen Conferenz eine Plenarsitzung halten werden, wobei wol Gegenstände von großer Wichtigkeit zur Entscheidung kommen dürften. Die Luxemburger Frage soll auch in der letzten Zeit viel berathen worden seyn, und man überläßt sich der Hoffnung, daß sie nun bald zur Zufriedenheit der meist Berheiligten gelöst werden wird.

Der französische Erminister, Hr. v. Montbel, will nach Grätz zu Ihrer E. Hoh. der Herzogin von Berry gehen, die, wie es heißt, den Wunsch geäußert hat, einige Zeit im Kreise ihrer Familie in Prag zu leben. Die Frau Herzogin will zu Anfang Mai's die Reise nach Prag antreten und hat das Projekt, nach Neapel zurückzufahren, einstweilen aufgegeben. — Der Marschall Marmont, welcher sich seit der Julius-Revolution hier aufhält, ist willens, eine wissenschaftliche Reise nach dem Orient zu unternehmen. Er wird, von einem hiesigen Gelehrten begleitet, im

künftigen Monat die Reise antreten, und über Konstantinopel durch Syrien nach Aegypten gehen, wo er in seinen jüngeren Jahren an Bonaparte's Expeditionen Theil genommen hat.

S c h w e i z.

Basel, den 20. März. Die hiesige Zeitung theilt in Folgendem die Note des deutschen Bundes an die schweizerische Eidgenossenschaft mit: „Hochachtbare Herren! Besonders liebe Freunde und Nachbarn! Wenn der deutsche Bund aus der Erwiederung des eidgen. Vorortis Zürich vom 22. Mai v. J. auf das, an die Eidgenossenschaft wegen Ergreifung geeigneter Maßregeln zur Verhütung der durch das Eindringen der Polen in die Schweiz für die deutschen Nachbarstaaten besorgten Nachtheile gerichtete Begehrn nur mit großer Genugthuung die freundschaftlichen Ausfusungen und die Zusicherung entnommen hat, daß sich sämmtliche Kantons-Regierungen gewiß eben so aufrichtig als eifrig bestreben werden, die bestehenden Verhältnisse nachbarlichen Wohlvernehmens mit allen die Schweiz begrenzenden Staaten gleichmäßig aufrecht zu erhalten, so konnte es nur Befremden erregen, daß dessen ungeachtet Flüchtlinge und Verschwörer aus allen Gegenden sich die Schweiz zu ihrem Sammelplatze ausersehen könnten, und daß von dort aus, durch offenes und geheimes Wirken einer alle Länder umfassenden revolutionären Propaganda, die vielfachen Anreizungen und Aufforderungen zum Fürstentum und Volkeraufstande ausgehen könnten, welche in der neuesten Zeit in Deutschland und Italien verbreitet worden sind; es konnte nur Befremden erregen, daß, von diesem Centralpunkte aus, der in den ersten Tagen des Monats Februar in Savoyen statt gefundene Einfall der Polen, Italiener und mehrerer deutschen Flüchtlinge beschlossen, vorbereitet und geleitet werden konnte, und daß eben dorthin die tollkühnen Leiter und Unternehmer dieses frevelhaften Attentats, als in eine Freistätte, zurückkehrten könnten. Fest entschlossen, nicht zu gestatten, daß auf deutschem Grund und Boden sich ein Heerd der Verschwörung gegen die Nachbarstaaten bilde, erkennt sich auch der deutsche Bund das volle Recht zu, die getreue Erfüllung allgemein anerkannt völkerrechtlicher Verpflichtungen eines Staates gegen den andern von den, den deutschen Bund begrenzenden Staaten zu fordern. Weit entfernt, dem frischen Aufenthalt inoffensiver Fremden in der Schweiz nahe treten zu wollen, ist der deutsche Bund der Überzeugung, daß es nicht in der Absicht der Eidgenossenschaft liegen könne, mit Gleichgültigkeit zuzusehen, daß diese Vergnügung von anerkannten Verschwörern und den Theilnehmern an ihren straflichen Plänen in Anspruch genommen, und die Schweiz von ihnen nicht bloss als Zuflucht, sondern als Werkstatt für ihre, die Ruhe und Existenz

der Nachbarstaaten bedrohenden, Unternehmungen missbraucht werde. Indem daher der deutsche Bund mit vollem Vertrauen an die Eidgenossenschaft das Ansinnen stellt, daß dieselbe, zur Beibehaltung ihrer Eingangs erwähnten freundlichen Zusicherungen, nicht nur alle im verflossenen Frühjahr aus Frankreich in die Schweiz eingefallenen Polen, sofern sie sich dasselbst noch aufhalten, aus der Schweiz ausweise, sondern auch dieselbe Maßregel auf alle diejenigen deutschen Flüchtlinge ausdehne, welche auf direkte oder indirekte Weise zur Störung der Ruhe der Nachbarstaaten hinwirken, beweist der Bund nicht, daß von Seiten der Eidgenossenschaft einem Ansuchen entsprechendes werde, welches nicht allein dem friedlichen Bestande und der Wohlfahrt der Nachbarstaaten zugesagt, sondern welches auch im wohlverstandenen eigenen Interesse und im Einflange mit der eigenthümlichen Stellung ist, welche die Schweiz im europäischen Staatsysteme einnimmt. Der deutsche Bund sieht daher einer bestreitenden Aufnahme dieses, in allen Beziehungen den Grundsätzen der Erhaltung des politischen Friedens und der geselligen Ordnung entsprechenden Begehrens um so zuversichtlicher entgegen, als derselbe sich sonst mit wahren Bedauern genöthigt sehen müßte, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche die Bundesversammlung in ihrer Note vom 15. Mai v. J. anzulündigen sich in der unangenehmen Nothwendigkeit gesehen hat. Frankfurt, den 6. Mai 1834. Der deutsche Bund, und in dessen Namen der im Präsidio der Bundesversammlung substituirte königl. preuß. Bundestags-Gesandte: (gez.) von Nagler."

Zürich, den 22. März. Ein Kreisschreiben des Vororts setzt die Stände von den eingegangenen Noten und ihrer Beantwortung in Kenntniß. Ein anderes Kreisschreibentheilt ihnen das Ergebniß der Antworten sämtlicher Stände auf das vorortliche Schreiben vom 22. Febr. mit, und gründet auf diese Antworten eine formliche vorortliche Schlusznahme über die Wegweisung derjenigen Flüchtlinge, welche durch ihr Betragen das Asylrecht verwirkt haben. Die Kantone sollen, so weit es ihnen möglich sey, die bezeichneten Individuen fortweisen, wobei der Vorort sie nach Möglichkeit unterstützen werde. In diesem Kreisschreiben versichert der Vorort ausdrücklich, daß er sich in seinen Schlusznahmen nicht durch das Ausland und fremden Einfluß habe bestimmen lassen, und daß er sich bestreben werde, in diesem Sinne, wie immer, auch ferner zu handeln. — Die in Erwidierung sämtlicher eingegangenen Noten vom Vorort am 18. d. erlassene Note spricht aus: Ehe das Begehren der Mächte, alle Flüchtlinge zu entfernen, welche zur Störung der Ruhe in den Nachbarstaaten gewirkt und noch wirken, dem Vororte zugekommen sey, habe derselbe bereits die thätigen

Theilnehmer am Savoyer Zuge der Gastfreundschaft unwürdig erklärt, und die Kantons-Regierungen zu deren Ausschaffung aufgefordert. „Es werden daher“, heißt es wörtlich, „jene Flüchtlinge, welche von schweizerischem Gebiet aus an der Beunruhigung anderer Staaten wirklich thätigen Anteil genommen haben, sofort aus der Schweiz weggewiesen, sobald die außer dem Bereich der Schweizer-Behörden befindlichen Hindernisse weggeräumt sind, welche ihre Entfernung bis jetzt unmöglich gemacht haben; inzwischen wird der eidgenöss. Vorort, wie bis dahin, sich fortgesetzt dahin verwenden, daß jene Hindernisse recht bald beseitigt werden.“ Was insbesondere den Savoyer Zug betreffe, so hätten sowohl der Vorort als die an Savoyen grenzenden Kantone alles gethan, was die völkerrechtlichen Pflichten gegen befreundete Nachbarstaaten erheischen; und wenn dessen ungeachtet dem Einfall in Savoyen nicht vollkommen vorbeugt werden, so dürfte jeder deswegen versuchte Vorwurf von Nachlässigkeit in Erfüllung allgemeiner völkerrechtlicher Verpflichtungen, oder gar von Missetschuld an dem statt gefundenen Unternehmen, eben so wenig begründet seyn, als er verschiedene mächtige Staaten treffen könnte, die von ihrem Gebiet aus in den letzten Jahren unternommene ähnliche Einfälle fremder Flüchtlinge nicht verhinderten. Gegen eine Zumuthung dieser Art, heißt es weiter, verwahre sich der Vorort, Namens der Eidgenossenschaft, feierlich, gleichwie er gegen eine jede, den Rechten eines selbstständigen Staates im Mindesten zu nahe tretende, auf die eigenthümliche Gesetzgebung der Schweiz bezügliche Forderung sich erklären solle, welche aus den statt gefundenen Ereignissen etwa hergeleitet werden sollte. Der Vorort, so wie die Kantone, werden theils einzeln, theils später auf der Tagsatzung vereinigt, zu Allem thätig mitwirken, was das Wohlvernehmen der selbstständigen und neutralen Schweiz mit allen ihr befreundeten Staaten zu erhalten geeignet sey.

Aus dem Jura, den 23. März. Während man in den meisten Kantonen, des ewigen Kämpfens und der Wirren müde, sich entschieden zur Ruhe und Ordnung neigt, wächst im Kanton Bern die Aufrégung der Gemüther und die politische Leidenschaft mit jedem Tage in solchem Maße, daß zu befürchten steht, es werden aus diesem Zustande nicht nur für Bern, sondern selbst für die ganze Eidgenossenschaft Folgen der unangenehmsten Art sich ergeben.

Italien.

Nom, den 15. März. Der königl. preuß. Minister-Resident beim heiligen Stuhle, Geh. Regierungs-rath Bunsen, hat gestern unsere Stadt verlassen, um eine kurze Zeit in Deutschland zuzubringen.

S r a n F r e i c h

Strassburg, den 20. März. Der Prozeß der Herren Lichtenberger, Advokat, Carl Boersch, Verfasser des „Niederrheinischen Kurier“, und G. Ellermann, Buchdrucker, ist heute vor dem Assisengericht des Niederrheins vorgenommen worden. Es drängte eine beträchtliche Menge sich zu dem Saale herbei, um den Ausgang dieses wichtigen Prozesses zu erfahren, welcher zugleich gegen das Associationsrecht und gegen die Pressefreiheit gerichtet war. Die Verhandlungen dauerten von halb 9 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags. Nach einer Berathung von einigen Minuten erklärte die Jury die Angeklagten für nicht schuldig.

Paris, den 23. März. Man versichert, daß die spanische Anleihe definitiv abgeschlossen sey, und daß Hr. v. Rotschild in dieser Angelegenheit heute nach London reisen werde.

Der Polizei-Präfekt, Hr. Gisquet, hat verboten, daß der Messager Abends in den Theatern verlaufen werde. Dieses Journal meint jedoch, ein Theater sey keine öffentliche Straße, die Legislatur habe es sogar durchaus verweigert, daß das Gesetz auch auf die öffentlichen Orte angewandt werde, und außerdem stehe auch jener Vorschrift der Polizei der Gerichtsgebrauch entgegen. Um solche Gebräuche befürmmere sich aber der Präfekt Gisquet nicht.

Es soll seit gestern eine greße Anzahl von Hauptmitgliedern der Gesellschaft der Menschenrechte von hier entflohen seyn.

Paris, den 25. März. Lord Durham, Schwiegersohn des Lord Grey, ist hier eingetroffen. Seiner Reise soll eine wichtige Doppel-Mission, die orientalischen Angelegenheiten und den Handelsvertrag betreffend, zum Grunde liegen.

Die Anzahl der Mitglieder der Gesellschaft der Menschenrechte, welche gestern verhaftet worden sind, beläuft sich auf 43. Eine noch weit größere Anzahl, gegen welche Verhaftungsbeschle felassen worden waren, hatte sich geflüchtet.

(Mess.) Man sagt, daß der Prinz Butera, der zum neapolitanischen Gesandten in Paris ernannt ist, sich für die Heirath des Herzogs von Orleans mit einer noch sehr jungen neapolitanischen Prinzessin, der Schwester des Königs Ferdinand II., und zugleich für die des Vizekönigs von Sicilien mit einer Tochter Ludwig Philipp's, die angelegentlichste Mühe gebe. Diese Doppel-Allianz scheint beiden Königshäusern gleich wünschenswerth. Die Absicht des Königs von Neapel ist es, dabei zugleich einen Besuch in Paris und London zu machen.

Privatbriefe aus Madrid vom 16. melden, daß die Hauptstadt sich drei Tage in einem sehr unruhigen Zustande befand, denn in Abwesenheit mehrerer Minister und der Königin, die sich zu Aranjuez be-

finden, war der Corregidor durch einige Leute, die in der Bürgermiliz enrollirt waren, insultirt worden; auch mußte das Haus des Herrn Burgos gegen die Drohungen des Volkes in Schutz genommen werden.

Ein Kurier, welcher Madrid am 17. früh verlassen hat, soll folgende Nachrichten mitgebracht haben. Ueber die Berufung der Cortes war noch nichts beschlossen, doch hatte das Ministerium der Regentin einen Entwurf zugestellt, den diese wiederum (wie gemeldet) dem Regierungsrath übergeben hat, mit dem Hinzufügen, derselbe möge seine Ansicht so bald als möglich aussprechen.

Bugia, den 5. März. Der General Duvivier hat am 2. d. einen Aufstand gemacht, um dem Feinde die Kavallerie zu zeigen, welche er endlich zur Disposition hat. Er bemächtigte sich eines Dorfs, wobei drei Araber getötet wurden, wir jedoch nicht einmal Verwundete hatten. Das Eigenthum wurde respektirt, obgleich der dort wohnende Stamm feindliche Gesinnungen gegen uns beginnen sollt. — Am 5. griffen wir ein Dorf an, wo ein durchaus widerwärtiger Stamm wohnt, der alle diejenigen Nachbaren, die sich uns anschließen, feindlich behandelt. Dieses Dorf wurde genommen und in Brand gesteckt, und viele Araber gerödet, wobei mehrere Chéf zu sehn scheinen. Wie haben zehn Getötete und zehn Verwundete.

S p a n i e n

In der Sentinelle des Pyrénées liest man aus Bayonne vom 18. März: „Es heißt, daß jeder Geistliche in Spanien, welches Range er auch sey, der irgend anstehen sollte, die Legitimität der jetzigen Regierung anzuerkennen, aus dem Königreiche verbannt, und sein Eigenthum confiscat werden solle. Jedes geistliche Kapitel, von dem ein Mitglied abwesend und in den Austruh verwickelt ist, wird aufgelöst; jedes Kloster, welches Verbindungen mit irgend einer der Faktionen hat, sogleich geschlossen, und überdies jeder Schuldige noch besonders nach den Gesetzen bestraft.“

Madrid, den 12. März. Der Präsident des Cabinetsrathes hat, nach einer gepflogenen Unterhandlung mit dem portugiesischen Geschäftsträger, drei Elboten nach der Grenze dieses Königreichs abgesandt. Es heißt, die Kuriere seyen Ueberbringer einer Erklärung, nach welcher die Nichteinmischung aufzuhören und unmittelbar zu den Feindseligkeiten geschritten werden sollte, das beste Mittel, den Streit zwischen ihm und Don Pedro zu beenden. Swarz glauben Wiele, unsere Einmischung sey bei der geringen Truppenzahl an der betreffenden Grenze von keiner Wichtigkeit, allein man muß nicht außer Acht lassen, daß die Stadtmiliz von Estremadura von außerordentlichem Einfluß seyn könnte. — Das Todesurtheil, welches gegen die Unruhestifter vom 2. d. ausgesprochen worden, wird erst nach der Abreise der Königin-Regentin, welche sich

am 15. d. nach Aranjuez begiebt, vollzogen werden, damit sie nicht in die Nothwendigkeit gesetzt sey, Gnade oder Nachlaß der Strafe zu ertheilen. — (Ein anderes Schreiben aus Madrid vom 12. März, 10 Uhr Abends, meldet: „Unsere gewaffnete Einmischung in Portugal scheint entschieden. Die Kriegskanzlei hat Befehl erhalten, in 10 bis 12 Tagen eine bedeutende Anzahl Patronen zu fertigen.“)

Portugal.

Lissabon, den 10. März. (Engl. Bl.) General-Lieut. Lemos hat das Commando des Miguelitischen Operations-Heeres unter dem 20. v. M. mit einem donnernden Tagesbefehl angetreten, in welchem die Constitutionellen als eine infame Faktion, als Feinde Gottes und des Königs bezeichnet werden, die sich nicht scheuen, die Kirchen zu Pferdeställen zu entweihen und die Heiligenbilder zu zertrümmern.

Gen.-Lt. Lemos zeigte sich am 3. und 4. d. mit 3000 Mann bei Venta-Novas, 7 Stunden südlich von Lissabon, kehrte aber nach Santarem zurück. Die Linien der Migueliten erstrecken sich von Ponte d'Alfeco nach Povo, und sie halten eine starke Position, etwa eine Legoa von Santarem, besetzt, während die Pedroiten sich nur bis Azambuja und Almourol ausdehnen. Außerordentliche Anstalten werden von Seiten der Migueliten getroffen, alle junge Mannschaft, ja sogar Knaben von vierzehn Jahren herbeigetrieben, Lebensmittel und Uniformen ohne Schonung des Privat-Eigenhums angeschafft. Don Miguel selbst scheint den Gang der Dinge leicht zu nehmen; er jagt sehr häufig, in Begleitung von 2 oder 3 Soldaten, in Alemtejo. In Santarem sieht es indessen sehr traurig aus; die Seuche rofft viele Menschen hin. Zu Pombal stehen 2000 Migueliten, zu Coimbra nur 400, weiter nördlich nach Oporto hin nicht viel mehr als 4000. Graf Almer hat sein Hauptquartier zu Penafiel. Unter diesen Umständen hält man es für ein Leichtes, von Oporto und Leiria her die nördlichen Provinzen von den Migueliten zu säubern. Es ist in Oporto Befehl eingegangen, den Rest der Freiwilligen, die sich durch die heldenmuthige Vertheidigung des Klosters Serra ausgezeichnet, nach St. Ubes einzuschiffen, nämlich die verheiratheten Leute, denn die übrigen sind bereits nach Lissabon abgegangen. Die Freiwilligen, mehrheitlich Weinläufer, haben sich jedoch geweigert, ihre Heimat und Familien zu verlassen.

Russland.

Odessa, den 4. März. Man sieht kein Eis mehr weder in unseren zwei Häfen, noch an den Rändern unserer Bai. Das Wetter ist herrlich; schon zeigen sich Blumen in den Feldern und Knospen an den Bäumen. Mehrere Fahrzeuge sind bereits nach Konstantinopel abgegangen, und eins von dort angekommen,

welches die Nachricht überbringt, daß der griechische Gesandte bei der Pforte in der ottomanischen Hauptstadt eingetroffen ist. Es ging zu Konstantinopel die Rede von einer großen Anzahl Kriegsfahrzeugen, welche diesen Frühling im Archipel sich vereinigen würden. — Morgen wird zum Besten der hiesigen Armen die Ducis'sche Tragödie: Oedipe à Colonne, von Hayratty in's Griechische übersetzt, von Oilettanten aufgeführt. — In dem Dorfe Perebikoutsk (District Khotine) bei Kischieneff starben vor einigen Wochen die drei Tochter eines Mannes, Namens Onofra, an einem Tage, bald darauf auch die beiden Eltern und eine vierte Tochter. Schon hatten die Behörden, eine contagiose Krankheit fürchtend, das Haus cerrirt, allein die gerichtliche Untersuchung ergab, daß die Tochter als Opfer des Überglaubens gefallen sind. Das gemeine Volk in jener Gegend glaubt nämlich, daß, wenn man sich Nachts im nackten Zustande unter das Bich begebe, so könne man seine Zukunft erfahren. Dies thaten die drei Schwestern, und beginnen noch die Unvorsichtigkeit, nach dieser Erfüllung unverdauliche Speisen zu sich zu nehmen und kaltes Wasser darauf zu trinken. Dem Schmerz über diesen schrecklichen Verlust wird der Tod der Eltern und der 4ten Tochter zugeschrieben (?).

Polen.

Krakau, den 25. März. Die hieher aus den Gebirgen kommenden Landleute erzählen, daß die ältesten Leute dort sich keines so hohen Schnees in dieser Jahreszeit erinnern. In vielen Ortschaften liegt er so hoch, daß man nicht aus dem Hause kommen kann, ohne vorher mit Mühe den Schnee weggeräumt zu haben. Auch zwischen Wielicza und Bohnia ist ein hier wenig bekannter tiefer Schnee gefallen. Die Weichsel erhält sich indessen, trotz dieses Schneefalls, noch in ihren Ufern. — Katarehe und die Pocken grassieren jetzt in unserer Gegend sehr stark.

Barbaresken-Staaten.

Ein Schreiben aus Tunis vom 11. März (in franz. Blättern) meldet: „Am 6. machten der Vice-Consul Englands und der Sohn eines franz. Handelsmannes einen Spazierritt. Kaum waren sie zwei Flintenschüsse von den Wällen der Stadt entfernt, als sie durch Beduinen beschimpft wurden; sie wollten auf diese Beleidigungen antworten, allein dies bekam ihnen übel: denn kaum hatten sie den Mund geöffnet, als ein Hagel von Stockprügeln ihnen bewies, daß sie Unrecht hatten. Beide wurden braun und blau geschlagen; der engl. Vice-Consul vorzüglich mußte mehrere Tage das Bett hüten und ist noch nicht ganz von seinen Quetschungen hergestellt. Der Bey schickte, auf die Nachricht von dieser Scene, eine Abtheilung seiner Garde ab, um sich der Schuldigen zu bemächtigen. Man verhaftete deren einige, die einige hun-

dert Stockprügel erhielten und dann auf die Galeeren geschickt wurden."

27 o r d = A m e r i k a.

Zu New-York wurde am 11. Febr. die Sitzung der Repräsentanten durch ein trauriges Ereignis zum plötzlichen Schluß gebracht. Hr. Bouldin aus Virginien, ein neu eingetretenes Mitglied, hielt gerade den Talente und dem Charakter seines verstorbenen Vorgängers eine Lobrede, als er mitten im Sprechen tot in die Arme eines neben ihm sitzenden Mitgliedes zurück sank. Der furchterliche Eindruck, den dieses Ereignis machte, wurde noch gesteigert, als seine Gattin, die von der Gallerie aus ihren Mann umsinken sah, im Saale erschien. Da sie erkannte, daß alle sogleich angewandten Mittel, ihn ins Leben zurückzurufen, erfolglos waren, erfüllte die beinahe wahnsinnig gewordene Frau den Saal mit herzerreißenden Klagen; sie mußte hinweggetragen werden. Das Repräsentantenhaus hat ein öffentliches Leichenbegägniß und öffentliche Trauer angeordnet.

Vermischte Nachrichten.

Berlin. Ein von dem Justizminister an die Gerichtsbehörden in Rheinpreußen erlassenes Rescript vom 22. Dec. v. J. hat folgenden Eingang: Die Erfahrung hat gelehrt, daß in densjenigen Kriminalsachen, in welchen nach den preußischen Kriminalgesetzen verfahren, und daher in einigen wenigen Fällen die vorjährige ministerielle Bestätigung des Urtheils erforderlich ist, aus Unbekanntschaft mit der preußischen Kriminalverfassung hin und wieder eine schwankende Praxis stotzt findet, und dies Versfahren wol gar aus Unkunde der preußischen Gesetze als Schärfung eines gerichtlichen Erkenntnisses angesehen wird. Das Justizministerium findet sich hierdurch zur Vorbeugung jener Inconvenienzen und zur Berichtigung dieser Irrthümer zu nachstehenden Erläuterungen bewogen: Nach der preußischen Kriminalverfassung bedürfen bekanntlich in den gesetzlich bestimmten Fällen die Erkenntnisse der Untergerichte die vorjährige Bestätigung des ihnen vorgesetzten Oberlandesgerichts und die der letztern des Justizministeriums, und sind bis zu dieser Bestätigung nicht richterliche Urtheile, sondern dergestalt nur Entwürfe und Gutachten zu denselben, daß das aus Versehen ohne diese Bestätigung publicirte Urtheil kraftlos, und als nicht vorhanden angesehen werden muß. Diese zur Bestätigung eingesandten Gutachten werden sowohl in den Provinzialgerichtshöfen, als im Justizministerium nach den Akten und Gesetzen genau geprüft, und, falls sie mit den ersten oder letzteren nicht übereinstimmen sollten, mit denselben in Einklang gesetzt. Von den Oberlandesgerichten geschieht dies von denselben selbst in Rescriptsform; im Justizministerium hingegen

werden nach fast allgemeiner, neuern Praxis die Akten an ein anderes Obergericht versandt, und von demselben ein in Urtheilsform abgefaßtes Gutachten erfordert. Nachdem über dasselbe im Justizministerium Vertrag gehalten und Beschlüß gefaßt, und es vom Justizminister bestätigt ist, und dadurch Urteil geworden ist, wird dasselbe mit den Akten an das Gericht, welches letztere eingesandt hat, zurückgesandt, um das mit der ministeriellen Bestätigung verschene Urtheil in der durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 18. März 1831 bestimmten Form dem Angeklagten zu publiciren, welchem, wie sich von selbst versteht, dagegen alle in Sache selbst zulässigen Rechtsmittel in eben dem Maße zustehen, als gegen ein, weder der obergerichtlichen, noch der ministeriellen Bestätigung bedürfendes Urtheil. Dies ist der einfache Gang dieses, nach der preuß. Kriminal-Justiz - Verfassung seit deren Begründung bestehenden, sowohl durch die Kriminalordnung §. 536, als durch die obgedachte allerhöchste Kabinetsordre noch ganz neuerlich bestätigten, und den Mangel eines in Kriminalsachen der Regierung nicht zustehenden Rechtsmittels einigermaßen ergänzenden Verfahrens, in welchem schon deshalb nur Unterkunde und Irrthum, wenn das bestätigte zweite Gutachten gelernt als das erste ausfallen sollte, eine ministerielle Milderung, und sollte es härter ausgefallen seyn als das erste, eine ministerielle Schärfung eines gerichtlichen Urtheils und einer zuerkannten Strafe finden kann, weil nach jenem verfassungsmäßigen Verfahren noch gar kein gerichtliches Urtheil, sondern nur ein gerichtliches Gutachten vorliegt, und durch letzteres weder überhaupt, noch weit weniger aber eine Strafe erkannt werden kann. Dies Verfahren findet nach der, die allgemeine Kriminalordnung §. 508 ff., modifizierenden allerhöchsten Kabinetsordre vom 4. Dec. 1824 No. 3 nur dann statt, wenn die Untersuchung wegen Hochverrath, Landesverratherei oder beleidigter Majestät eröffnet, und jederzeit, wenn auf Todesstrafe oder lebenswierige Freiheitsentziehung erkannt worden.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., den 25. März. In Folge des neulich vom Senat und der gesetzgebenden Versammlung gefaßten Beschlusses wird nun unsere Polizeimannschaft bedeutend, sowohl an reitender als an Mannschaft zu Fuß, vermehrt, und der Dienst mit aller Strenge versehen. Die getroffenen Anordnungen haben freilich manche Unbequemlichkeit in ihrem Gefolge; da sie indessen von der Notwendigkeit geboten sind, so muß man sich ihnen fügen und mit der Hoffnung tresten, daß dieselben, durch die überall wieder gesuchte Ruhe, auch bei uns unnöthig werden. — Schriftsteller hund ist noch verhaftet; man erfährt nichts über den Stand der gegen ihn anhän-

gigen Untersuchung. — Vorgestern Abend war durch einen Handwerksgesellen eine Schildwache insultirt worden; derselbe wurde arretirt, und sollte durch Militärbegleitung der Polizeiwache überliefert werden; er entsprang seinen Begleitern, welche ihm nachfeuerten, ohne ihn jedoch zu treffen; derselbe wurde aber, als er stürzte, wieder ergriffen und an die Polizeiwache abgeliefert; wie man sagt, hatte er eine Stichwunde erhalten. Es ist nun sogleich eine Untersuchung deshalb eingeleitet worden. Der Handwerksgeselle hat sich indessen in verwichener Nacht in seinem Gefängniß entlebt. — Unsere Messe ist sehr still, d. h. von dem sogenannten Wechlärm merkt man nichts; doch sollen sehr große Umsätze statt gefunden haben.

Literarische Anzeigen.

In der Buchhandlung von Ed. Reißner in Liegnitz ist zu haben:

Andeutungen über das Verhältniß der Kirche zum Staate. Geh. 5 Sgr. Beruf eines evangel. Seelsorgers an Diejenigen, welche unter dem Vorwande, daß ächte Luthertum aufrecht halten zu wollen, den Frieden der evangelischen Kirche in unserem Preuß. Vaterlande födren. Geh. 2 Sgr.

Für Ökonomie.

So eben erschien, und ist bei J. F. Kuhlmeij und Ed. Reißner in Liegnitz zu haben:

Baron von Voght, über manche noch nicht genug bekannte Vortheile der grünen Bedünung. Mit den Resultaten der letzten Jahre und Zusätzen über die Dungwirkung der Rapsaat, des Roggens, des Klees und des grünen Kartoffelkrautes. Mit einer Kupferplatte. gr. 8. 1834. Hamburg, bei Herold. Geh. 20 Sgr.

Der ganze Norden nennt ruhmvoll diesen Veteran des Landbaues, der hier wieder Resultate der letzten Jahre liefert; daher sie auch jedem denkenden Landmannen willkommen seyn werden.

Entbindungs-Anzeige.

Die gestern Nachmittag erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau, von einem gesunden Mädchen, beepleite ich mich Verwandten und Freunden ergebenst anzugezeigen.

Mittel-Lobendau, den 2. April 1834.

Pöhlst.

Bekanntmachungen.

Unbestellbar zurückgekommene Briefe.

J. A. Büchner in Gotha.

Capitaine Linde in Coeln.

Liegnitz, den 2. April 1834.

Königl. Preuß. Postamt.

Bekanntmachung.

Die verwitterte Polizei-Inspektor Francke, geborene Kamke hieselbst, ist durch das am 21. Decbr. 1833 und 23. Januar 1834 publicirte Erkenntniß des unterzeichneten Gerichts für eine Verschwenderin erklärt worden; weshalb Federmann gewarnt wird, ihr zu creditiren, oder sich in Contrakte mit ihr einzulassen. Liegnitz, den 26. März 1834.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Auktions-Anzeige. Am 7. April c. Nachmittags um 2 Uhr, und folgende Tage, werden die J. C. Mößlerschen Nachlass-Effekten, als: Silbergeschirr, Porzellan, Gläser, Kupfer- und Messinggerath, Leinenzeug, Betten, Meubles, Hausrath, Kleidungsstücke ic., auf dem Gerichts-Auktions-Lokale an den Meistbietenden öffentlich versteigert, wozu ich Kauflustige mit dem Bemerkern einlade, daß die erstandenen Sachen nur gegen baare Bezahlung verabfolgt werden. Liegnitz, den 29. März 1834.

Feder, Königl. Auktionator.

Verkauf. Da ich gesonnen bin, meine in Kniegnitz besitzende Freigärtnerstelle, wozu 14 Schl. Acker Aussaat gehören, nebst Oelschlägerei, aus freier Hand zu verkaufen: so zeige ich solches Kauflustigen und Zahlungsfähigen mit dem Bemerkern an, sich über das Nähere bei mir in Kenntniß zu setzen.

Liegnitz, den 1. April 1834.

Johann Gottlieb Hamann.

Ein moderner Kinderwagen ist zu verkaufen. Wo? sagt die Zeitungs-Expedition.

Eine bedeutende Auswahl bunter und weißer französischer Glanz-Strohhüte ist angekommen bei A. Chuchul, geb. Helmcampff.

Anzeige. Bei Unterzeichnetem werden alle Arten von Kupferschmidt-Arbeit fertig, sowohl Braus als Brennmaschinen; eben so stehen alle Arten von Kochgeschirren und verzinkten Gesundheitsgeschirren fertig, und werden fertig. Auch habe ich eine bedeutende Anzahl fertiger Bruchbänder und Federn von der verstorbenen Frau Opiz übernommen. Um recht zahlreichen Zuspruch bittet

D. A. Wegner, Kupferschmidt- und Eisenarbeiter, Frauengasse No. 477.
Liegnitz, den 2. April 1834.

Etablissements-Anzeige.

Einem hochzuverehrenden Publiko zeigt der Unterzeichneter sein Etablissement als Herren-Kleiderverfertiger hiermit ergebenst an. Indem er gute moderne Arbeit und prompte Bedienung verspricht, bittet er um geneigten Zuspruch. Seine Wohnung ist auf der Burggasse, 2tes Viertel, Nro. 347. im Hause des Schuhmachermeister Herrn Werner.

Liegnitz, den 3. April 1834.

F. Rauprich, Herren-Kleiderverfertiger.

G Das Gesang-Konzert kann erst den 16. d. Mts. statt finden. Liegnitz, den 3. April 1834.

Ph. Wüstrich.

Benachrichtigung. Das zum 16. März festgesetzte „Logenkränzchen“ findet erst Sonntag den 6. April statt. Liegnitz, den 8. März 1834.

Die Logenkränzchen-Direktion,
v. Both. v. Wille.

Zu vermieten. In Nro. 501., Frauengasse, dem ehemaligen Schornsteinfeger Läffmannschen Hause, ist die zweite Etage, bestehend aus zwei freundlichen Stuben nebst zwei großen, mit Dosen versehenen Alkoven, zwei Küchen und Beiläuff, — eines der Zimmer und Alkoven, hinten heraus, gewährt eine schöne Aussicht auf die Promenade, — zu vermieten und Johannis c. zu beziehen.

Zugleich beeibre ich mich hiebei zu bemerken, daß ich mein bisher bewohntes väterliches Haus verlassen, und dieses, Nro. 501. der Frauengasse, bezogen habe; welches ich meinen geehrten Kunden und Freunden hiermit ergebenst anzeigen, und mich Ihrer fernern Wohlgeogenheit auch hier bestens empfehle.

Liegnitz, den 3. April 1834.

B. Feige, Tuchmacher-Meister.

Su vermieten. In No. 547. am kleinen Ringe ist die zweite Etage, bestehend aus 3 Stuben, 2 Alkoven nebst Zubehör, zu vermieten und zu Johannis zu beziehen. Das Nähere ist beim Eigenthümer zu erfragen. Liegnitz, den 31. März 1834.

Su vermieten ist in Nro. 515., Frauengasse, eine Wohnung nebst allem Zubehör im Mittelstock, desgleichen eine Wohnung im 2ten Stock, beide vorn heraus und Johannis zu beziehen.

Liegnitz, den 2. April 1834.

Su vermieten. In No. 353., Burggasse, dem Ressourcen-Gebäude gegenüber, ist eine Stube mit Alkove und Zubehör, eine Treppe hoch vorn heraus, zu vermieten, und bald oder Johannis zu beziehen. Verwitwete Kuder.

Geld-Cours von Breslau.

vom 29. März 1834.

		Pr. Courant,	Briefe, Geld,
Stück,	Holl. Rand-Ducaten	96 $\frac{1}{4}$	—
dito	Kaiserl. dito	96	—
100 Rt.	Friedrichsd'or	—	13 $\frac{1}{2}$
dito	Poln. Courant	—	1 $\frac{1}{2}$
dito	Staats-Schuld-Scheine	98 $\frac{1}{2}$	—
150 Fl.	Wiener 5pr. Ct. Metall.	—	—
dito	dito 4pr. Ct. dito	—	—
dito	dito Einlösungs-Scheine	—	—
Pfandbr. Schles. v. 1000 Rtl.	dito Grossh. Posener	6	—
	dito Neue Warschauer	2 $\frac{1}{2}$	—
Polnische Part. Obligat.	—	—	—
Disconto	—	4 $\frac{1}{2}$	—